



GRENZENLOS! GRENZENLOS?

Ein Themenheft
zu Europa

STØRK 2023
NAJU JUGENDMAGAZIN 3

NA JU,

Europa. Das klingt vielfältig und bunt. Nach Freiheit, dem Euro und offenen Grenzen. Oder? In diesem Magazin haben wir uns verschiedenen Seiten Europas und der Europäischen Union angenähert.

Da sind Gesetze, die unsere Ressourcen durch Kreislaufwirtschaft schützen sollen. Da gibt es Regelungen, wie die Biodiversität innerhalb Europas durch Schutzgebiete geschützt und erhalten bleiben soll. Da gibt es das Recht, sich als Europäer*in frei innerhalb der europäischen Grenzen zu bewegen, zu reisen und zu arbeiten. Aber da gibt es eben auch den Blick auf Ausbeutung von Tieren, postkoloniale Strukturen – und auf Außengrenzen, die Menschen den Zutritt verwehren.

Europa steht vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel und das Artensterben, soziale Ungleichheit und Digitalisierung sind Themen, die unsere Zukunft maßgeblich beeinflussen werden.

Ja, die europäische Politik beeinflusst unser Leben. Höchste Zeit, dass wir unsere Stimme erheben und sagen, wie wir gern leben wollen. Dieses Heft soll dir Mut und Lust machen, bei den EU-Wahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 deine Stimme abzugeben und europäische Politik mitzugestalten. Lasst uns gemeinsam ein inklusives und nachhaltiges Europa mitgestalten.

Viel Spaß,
deine STØRK-Redaktion

IMPRESSUM

NAJU (Naturschutzjugend im NABU)
Bundesgeschäftsstelle
Karlplatz 7, 10117 Berlin
www.NAJU.de

V.i.S.d.P.: Manuel Tacke

Redaktion: Franziska Geist, Inga Fink,
Anne Heckmann, Dominik Herrbruck,
Thordis Krach, Enrico Liebel, Thulashika
Nagularajah, Janna Ouedraogo,
Fenja-Marie Deppe, Laura Csipai,
Antonia Straub, Elena Sumser

Lektorat: Elena Sumser

Gestaltung und Illustrationen:
Julia Friese

Erstauflage: 2023

Foto Umschlag: Shutterstock/wgraphiks

Gedruckt auf 100 Prozent
Recyclingpapier

Gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

2

OVERTOURISM

Warum wir in die
Ferne schweifen ...

4

DIE NATUR KENNT KEINE LÄNDER- GRENZEN

Europäische Schutzgebiete
im Überblick

6

DIE NEUE GEMEINSAME AGRARPOLITIK

Junge Landwirt*innen
kommentieren die Regelungen
der neuen Förderperiode

8

WALDEMAR

Einblick in ein Schweine-
leben in Europa

12

KLIMAGERECHTIGKEIT: EINE AUSSEREUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

Interview mit einem Klimaaktivisten
aus Uganda

15

REPARIEREN. WIEDERVERWENDEN. RECYCELN.

Wie Regelungen der EU eine
Kreislaufwirtschaft
voranbringen sollen

16

WIR DÜRFEN NICHT AUFHÖREN ZU KÄMPFEN

Zu Besuch beim NABU-
Büro in Brüssel

18

WÄHLEN

(D)eine Stimme für junge
Menschen bei der Europawahl

20

GRENZEN OHNE GRENZEN?

Im Gespräch mit einer Expertin von Pro Asyl über
europäische Außengrenzen

22

DIE EUROPÄISCHE UNION

Eine kurze Geschichte

24

HOHE ZINSEN GEGEN INFLATION?

Die Zinspolitik der EZB und ihre Folgen

OVERTOURISM

Warum wir in die Ferne schweifen...

Reisen ist beliebt. Viele Menschen nutzen diese Zeit zur Erholung, um Neues zu entdecken, andere Kulturen kennenzulernen und dem Alltag zu entfliehen. In Europa machten 2019 70,8 Millionen Europäer*innen eine Reise mit Übernachtung. Etwa drei Viertel dieser Reisen wurden im Wohnsitzland verbracht, ein Viertel im Ausland, davon 6 Prozent außerhalb der EU. Das beliebteste Verkehrsmittel bei Reisenden war hierbei das Kraftfahrzeug, gefolgt von Flugzeug, Bahn, Bus und Schiff.

Der Tourismus hat sich insbesondere durch steigenden Wohlstand, mehr Freizeit und die Globalisierung zu seiner jetzigen Form entwickelt. In der EU ist es durch die Reisefreiheit besonders einfach, anderen Ländern einen Besuch abzustatten.

Das Problem mit unbedachtem Reisen

Der Begriff Overtourism (Übertourismus) wird verwendet, wenn ein Reiseziel insbesondere in der Hochsaison von Tourist*innen überrannt wird und dies zahlreiche Probleme für den jeweiligen Ort oder die Sehenswürdigkeit mit sich bringt.

Manchmal ist es nur ein Foto in den sozialen Netzwerken, das einen echten Hype um ein Urlaubsziel auslöst. Freuen sich dabei Einheimische anfangs über die Aufmerksamkeit und die zusätzlichen Einnahmen, schlägt die Stimmung schnell in Ablehnung um. Denn nicht selten vervielfachen sich Mieten und Grundstückspreise durch die Umwandlung in Cafés, Hotelanlagen und Ferienwohnungen. Auch wichtige einheimische Infrastrukturen, bedeutende Traditionen und die örtliche Kultur sowie Anwohner*innen werden verdrängt.

Bei Fernreisen kommt der vergrößerte ökologische Fußabdruck hinzu, da durch Flüge oder Autofahrten viel CO₂ ausgestoßen und die Umwelt so

zusätzlich belastet wird. Häufiges Duschen, Klimaanlage oder Pools in Regionen mit niedrigen Grundwasserständen bergen zusätzliche ökologische Risiken. Auch die oftmals sensible Natur und das Naturerbe vor Ort leiden unter Übertourismus, die Tier- und Pflanzenwelt wird zunehmend gestört, zerstört oder verdrängt.

Wenn nicht so, wie dann?

Der Tourismussektor wächst weiter. Eine zunehmende Nachfrage bedingt auch einen steigenden Wettbewerb, was in günstigen Pauschal(flug)reisen in große (luxuriöse) Hotelkomplexe resultiert. All das führt zur Zerstörung von Ökosystemen, zur Verdrängung von Einheimischen, zur Ausbeutung von Arbeitskräften und zum Verlust von kultureller Identität.

Einheimische – aber auch Tourist*innen – erkennen dabei zunehmend an, dass sie ihre Gesellschaft, Kultur und Natur stärker vor Overtourism schützen müssen, nicht zuletzt, um auch langfristig für Urlauber*innen attraktiv zu bleiben.

Eine Möglichkeit liegt dabei im sogenannten sanften oder nachhaltigen Tourismus. Ziel ist dabei, die Natur möglichst wenig zu beeinträchtigen und zu schützen, die Interessen der lokalen Bevölkerung zu berücksichtigen und möglichst sozial gerecht zu wirtschaften sowie die Bewahrung der traditionellen Kulturen.

Ideen für nachhaltigeres Reisen

- * Reiseziele in der Nähe suchen, Mikroabenteuer in der Heimat starten 
- * Nachhaltige Verkehrsmittel nutzen (z.B. Bahn, Bus, Fahrrad, Carsharing) 
- * CO₂-Verbrauch ausgleichen (z.B. für Klimaschutzprojekte engagieren) und CO₂-Limit setzen 
- * Mit wenig Gepäck reisen 
- * Siegel in der Reisebranche überprüfen 
- * Wasser sparen (Handtücher mehrmals nutzen, Meer statt Pool), Strom sparen (siesta statt Klimaanlage), Mülltrennung beachten 
- * Heimische Wirtschaft unterstützen (einheimische Restaurants besuchen, Souvenirs in kleinen Geschäften kaufen, regionale Besonderheiten probieren, Trinkgeld geben) 
- * Nachhaltige lokale Angebote nutzen (z.B. Bio-Hotels, Naturlehrpfade) 
- * Vor Ort nach Unterkunft, Transportmöglichkeiten und Aktivitäten schauen (keine Pauschalreisen) 
- * Hinweise und Regeln zum Naturschutz beachten 
- * An Lebensweise der Bevölkerung orientieren 
- * Nicht den Hypes aus Social Media folgen, lieber eigene Highlights entdecken 



EUROPÄISCHE SCHUTZGEBIETE

Die Natur kennt keine Ländergrenzen

In einer Welt, in der Raum für unberührte Natur immer kleiner wird und sich die Menschen zunehmend von ihrer Umwelt entfernen, haben Naturschutzgebiete einen besonderen Wert. In ihnen kann sich die Natur entfalten und Tier- und Pflanzenarten können Rückzugsräume finden. Doch halten sich Tier- und Pflanzenarten natürlicherweise nicht an Ländergrenzen. Die EU hat sich die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Europa zum Ziel gesetzt und schafft mit den Natura-2000-Gebieten einen Schutzgebietsraum.

In Deutschland gibt es diverse Kategorien von Schutzgebieten, die jeweils verschiedene Schutzziele haben und sich teilweise überschneiden. Dies liegt daran, dass die Anforderungen an Größe, Nutzungseinschränkungen und Schutzzweck der einzelnen Gebietskategorien durch verschiedene Gremien und Gesetze geregelt sind. Die Schutzgebietstypen haben jedoch gemein, dass sie eine nachhaltige Entwicklung der Gebiete fördern und somit ihren Teil zum Naturschutz beitragen.

Die strengsten Naturschutzregeln gelten in Naturschutzgebieten und Nationalparks. In beiden Gebieten dürfen sich Menschen nur aufhalten, wenn sie nicht in die natürlichen Abläufe eingreifen. Dazu gehört auch, dass Hunde angeleint werden müssen, kein Müll hinterlassen werden darf und die Wege nicht verlassen werden dürfen. In besonders sensiblen Gebieten gelten zusätzliche Beschränkungen. Naturschutzgebiete bedecken etwa 4 Prozent der Landfläche Deutschlands.

Die größten Naturschutzgebiete Deutschlands liegen in der sogenannten ausschließlichen Wirtschaftszone, also in Nord- und Ostsee. Einige der dortigen Naturschutzgebiete sind gleichzeitig Nationalparks. Nationalparks sind sehr großflächige

Schutzgebiete, die auf mindestens 75 Prozent ihrer Fläche vom Menschen (soweit eben möglich) unbeeinflusst sein müssen. Ziel ist es, dass sich dort natürliche Dynamiken bilden und sich das System im Zuge dessen von selbst erhält. Viele hiesige Nationalparks entsprechen den Voraussetzungen nach Bundesnaturschutzgesetz allerdings noch nicht, befinden sich aber auf dem Weg dorthin.

Auf europäischer Ebene gibt es das Ziel, ein länderübergreifendes Schutzgebietsnetz zu schaffen – Natura 2000. Dieses Netz setzt sich aus Vogelschutzgebieten und Flora-Fauna-Habitaten zusammen. EU-weit sollen jene Gebiete als Schutzgebiete ausgewiesen werden, die sich am besten für den Erhalt bestimmter Arten und/oder Lebensräume eignen. Dafür listen die Richtlinien besonders schützenswerte Arten und Lebensräume auf, für deren Erhalt die Mitgliedsstaaten Schutzmaßnahmen zu treffen haben. Die ausgewählten Gebiete werden dann meist im nationalen Recht geschützt. Die genaue Umsetzung der Richtlinie bleibt dabei den Mitgliedsländern überlassen.

Diese müssen dann alle sechs Jahre einen Bericht zum Zustand ihrer Schutzgebiete einreichen. Die Konstitution der Gebiete darf sich über die Zeit nicht verschlechtern. Ziel ist es, dass sie sich durch konkrete Schutzmaßnahmen verbessert.

Die EU strebt an, die einzelnen Natura-2000-Gebiete über sogenannte Trittsteine zu verbinden. Diese gehören nicht selbst zu den geschützten Gebieten, sondern verbinden diese naturnah, sodass Individuen von einem Lebensraum in den anderen wechseln können. Dadurch werden Arten bei Lebensraumveränderungen flexibler und stehen mit anderen Populationen in Verbindung. Diese Faktoren sind für den Erhalt von Arten sehr wichtig.

Aktuell scheitert es in vielen Natura-2000-Gebieten noch an der Umsetzung der Schutzmaßnahmen – beispielsweise aufgrund fehlender Gelder – doch generell hat dieser Ansatz eines grenzübergreifenden Netzes großes Potenzial. Die Natur hält sich nicht an Ländergrenzen. Wandernde Tierarten, wie der Wolf, nutzen große Gebiete und streifen mitunter von einem Land in ein anderes. Um solche Arten effektiv schützen zu können, ist es folglich von großer Bedeutung, länderübergreifende Schutzziele zu formulieren und umzusetzen.



DIE NEUE GEMEINSAME AGRARPOLITIK

Ganze 33,1 Prozent des EU-Haushalts wurden im Jahr 2021 in Agrarsubventionen investiert. Die Verteilung dieser Mittel regelt die GAP – die Gemeinsame Agrarpolitik. Aktuell befinden wir uns in der Förderperiode von 2023 – 2027. Die gezahlten Gelder verteilen sich auf zwei sogenannte »Säulen«.

Die »Erste Säule« besteht größtenteils aus Direktzahlungen für Landwirt*innen, die pauschal flächenabhängig gezahlt werden, sofern die Flächen in einem »guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand« sind und gewisse »Grundanforderungen an die Betriebsführung« erfüllt werden. Außerdem können Landwirt*innen neuerdings weitere Mittel über freiwillige Ökoregelungen beantragen. Die »Erste Säule« schließt zudem gekoppelte Tierprämien, eine Umverteilungsprämie und eine Einkommensstützung für Junglandwirt*innen mit ein.

Die »Zweite Säule«, die von den einzelnen Mitgliedsstaaten jeweils mitfinanziert werden muss, soll vor allem das Leben im ländlichen Raum attraktiver gestalten und nachhaltige Bewirtschaftung fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten. Sie beinhaltet unter anderem auch »Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen«.

Kritisiert wird aus Naturschutzsicht vor allem die fragliche ökologische Wirksamkeit der Maßnahmen, denn sie sind in den meisten Fällen nicht spezifisch genug, um den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt oder einen Grundwasserschutz zu garantieren. Wir haben einige Junglandwirt*innen nach ihren Gedanken zu der neuen GAP-Förderperiode gefragt.

STEFAN SCHMIDT Stellvertretender Bundesvorsitzender des Bund der Deutschen Landjugend

» Die aktuelle GAP ist für mich in vielen Bereichen nicht ausgereift. Viele Maßnahmen, aus denen die Betriebe die für sie passenden Umweltmaßnahmen aussuchen können, sind nur schwer in den Betrieben umsetzbar. Da fehlt es an Praxistauglichkeit. Die Junglandwirteförderung begrüße ich dagegen und hoffe, dass diese auch in den kommenden Förderperioden beibehalten wird und im Optimalfall ausgebaut wird. Den Bürokratieabbau vermisse ich dagegen komplett. Der bürokratische Aufwand für die Betriebe steigt mit jeder weiteren Förderperiode extrem. «



FELIX ENGEL Junglandwirt aus Mörschied

» Die vergangene GAP bot viel Potenzial, konnte allerdings gerade aus Sicht junger Landwirt*innen nicht die erhofften Weichen für eine gut planbare Zukunft stellen. Nun gilt es die Gegebenheiten zu akzeptieren und den Blick auf die GAP27 zu richten, um spätestens dann die Grundlage für eine zukunftsfähige Lebensmittelproduktion in Mitteleuropa zu schaffen. Denn die deutschen Landwirt*innen wissen um ihre Verantwortung als Lebensmittelproduzent*innen im landwirtschaftlichen Gunstraum Deutschlands und möchten dieser auch gerecht werden, insofern die Politik dies zulässt. «

MAGDALENA EISENMANN Junglandwirtin aus Bergkirchen

» In Europa, aber auch innerhalb Deutschlands wird Landwirtschaft unter verschiedensten Bedingungen betrieben. Die GAP muss diese Unterschiede berücksichtigen, um passende Leitplanken für die Junglandwirt*innen in der gesamten EU zu schaffen. Die ursprünglichen Ziele der GAP, nämlich ausreichend Nahrungsmittel, angemessene Preise, Einkommensstützung und gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land, wurden mittlerweile um ökologische Aspekte erweitert.

Junge Landwirt*innen sind motiviert, diesen Weg mitzugehen. Dafür brauchen sie allerdings praktikable und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ihren Unternehmergeist und ihr Engagement belohnen, statt mit immer neuen Verboten demotivieren. So übernehmen junge Landwirt*innen mit Freude, Zuversicht und Stolz die Betriebe. «



VIKTOR RAPP Jungwinzer aus Bad Kreuznach

» Mit der GAP bekennt die EU die Wichtigkeit des Agrarsektors. Das ist gut! Doch einige Förderungen schießen am Ziel vorbei oder entsprechen der Praxis nicht. Das ist teuer und nicht nachhaltig! Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen, der uns Landwirt*innen das richtige Handeln erleichtert und gleichzeitig Freiheiten und Sicherheit gewährt. «



Fotos: Tjanze (Weizen), MAZNEVENMADY (Gras), Tetiana Rostopira (Zwiebeln), Clara Bastian (Kuh), Litvalita (Huhn), Rouzes (Kartoffeln), Irina Gutyryak (Geld), digiflorez (Tomaten), Ilmioto (Möhren), Mac99 (Wein) / kurapy11 (Erde) / Portraits: NAJU





WALDEMAR

EINBLICK IN EIN SCHWEINELEBEN IN EUROPA

⚠️ Triggerwarnung*

Mein Leben begann als intelligentes Tier mit meinen zehn Geschwistern und meiner Mama, die mich aber leider nicht berühren konnte.

Ich bekam den Namen Waldemar, manche meiner Geschwister erhielten leider keinen Namen, irgendwie bewegten sie sich nicht und lagen stundenlang auf derselben Stelle, bis irgendwelche großen Gestalten kamen und sie mitnahmen. Ich finde diesen Ort unheimlich, es ist immer so dunkel hier. Meine Oma erzählte meiner Mutter mal, dass die Welt da draußen größer ist, aber wir glaubten ihr das nicht.

Als ich einmal gemütlich meine Milch trank, wurde ich plötzlich mitgenommen, aber es war zu dunkel, um etwas zu erkennen. Plötzlich fühlte ich einen fürchterlichen Schmerz. Eine Gestalt schnitt mir die Hoden ab, kürzte meinen Schwanz und schliff meine Zähne ab. Bis jetzt tut mir alles noch weh ...

Nach drei Wochen wurde ich von meiner Mama getrennt und mit anderen, mir ähnelnden Tieren, an einen riesigen Ort gebracht. Oma hatte recht!

Die Welt ist nicht so klein, da gibt's noch mehr, aber... als ich da drin war, konnte ich mich gar nicht bewegen und das Futter schmeckte mir überhaupt nicht. Meine Mama vermisste ich auch. Nach ein paar Wochen wurden wir zuerst an einen hellen Ort gebracht, viel zu hell für meine Augen, so fremd... ich hatte fürchterliche Angst.

Danach wurde ich in einen dunklen Raum gezwungen. Dieser bewegte sich plötzlich... alles wurde laut! Am Ende landete ich mit vielen anderen wie mir an einem weiteren Ort, der mir noch mehr Angst machte. Einmal hörte ich diese großen Gestalten miteinander reden, sie sagten: »Verhaltensstörung« oder so was über mich. Ich wurde übergewichtig und ich lag wie meine Mama auch auf dem Boden.

Nun fühlte ich ihren Schmerz auch. Die Zeit verging langsam, sehr langsam, bis ich gezwungen wurde aufzustehen und zu laufen. Ich konnte das nicht, es war zu schmerzhaft, aber ich musste. Ich wurde in einen noch engeren Raum gebracht, in dem ich plötzlich keine Luft mehr bekam...

Waldemar gibt es nicht, aber genau diese Situation erleben viele Schweine in der EU. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 752,5 Millionen Tiere gewerblich geschlachtet. Das sind pro Tag durchschnittlich 1,8 Millionen Hühner, 130.000 Schweine, 85.000 Puten, 26.000 Enten, 8.200 Rinder. Pro Jahr werden weltweit ca. 80 Milliarden Nutztiere getötet. Die meisten Betreiber*innen müssten die sogenannten 5 Freiheiten der EU-Tierschutzvorschriften einhalten, was meist nicht geschieht.

1. Freiheit von Hunger und Durst

2. Freiheit von Unbehagen

3. Freiheit von Schmerz, Verletzung und Krankheit

4. Freiheit zum Ausleben normalen Verhaltens

5. Freiheit von Angst und Leiden

Die gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz von Tieren umfassen dementsprechend Vorschriften zur Zucht, Tierhaltung, Schlachtung und zu Eingriffen am Tier, wie z. B. das Kürzen von Schwänzen bei Ferkeln oder das Enthornen der Rinder.

Die gesetzlichen Vorgaben sollten für jeden Tierhaltungsbetrieb selbstverständlich sein – egal, ob das erzeugte Fleisch mit Begriffen wie »tierschutzgerecht« beworben wird oder nicht. Mit tiergerechten Stalleinrichtungen werden z.B. haltungs-

bedingte Schäden und Krankheiten vermieden und das Wohlbefinden der Tiere gefördert. Die EU hat die Vorschriften für einige Tierarten und einige Aspekte des Tierschutzes harmonisiert. Die Richtlinie 98/58/EG des Rates legt Mindeststandards für das Wohlergehen aller Nutztiere fest, während andere EU-Rechtsvorschriften Tierschutzstandards für Nutztiere beim Transport, bei der Betäubung und bei der Schlachtung festlegen. Zum Schutz einzelner Tierkategorien wie Kälber, Schweine, Legehennen und Masthähnchen wurden spezielle Richtlinien entwickelt.

Was bedeutet Massentierhaltung für uns eigentlich?

Die Schweinehaltung ist in der EU laut einer Statistik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Mit einem Produktionswert von 36 Milliarden Euro ist Schweinefleisch nach Milch das tierische Produkt mit dem höchsten Produktionswert. Insgesamt 1,9 Millionen Betriebe züchten in der EU Schweine. Die meisten davon sind in Rumänien, dort gibt es 1,3 Millionen Betriebe. 99 Prozent der rumänischen Landwirt*innen haben Kleinbetriebe mit weniger als zehn Schweinen, während in Deutschland von den 21.000 landwirtschaftlichen Betrieben die meisten Großbetriebe mit mehr als 200 Schweinen sind. Deutschland war lange der größte Schweinefleischproduzent in Europa. Seit 2021 jedoch steht Spanien an erster Stelle.

* In den pinken Textauschnitten werden explizit Szenen beschrieben, in denen ein Tier leidet. Einigen Leser*innen kann das sehr nahe gehen.

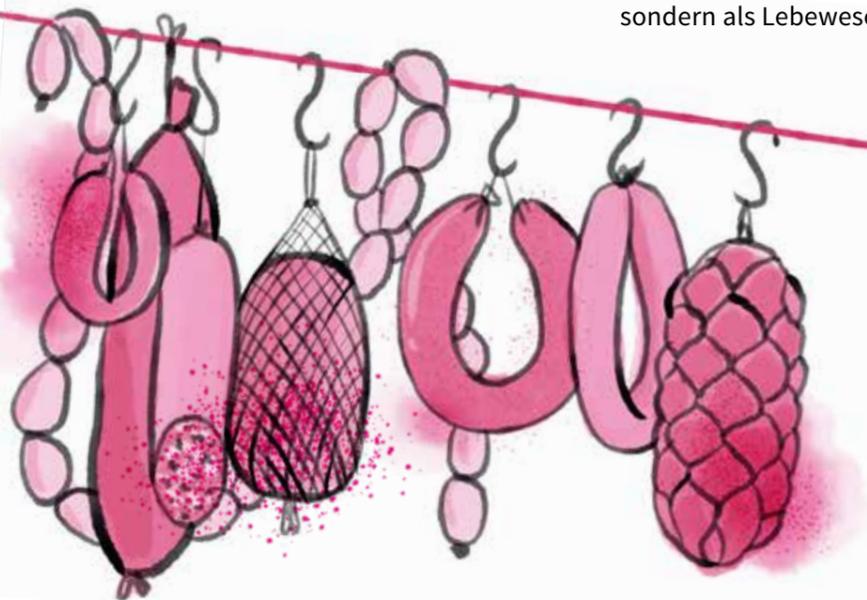
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes exportierte Deutschland im Jahr 2019 insgesamt knapp 20 Millionen Nutztiere zu Zuchtzwecken in andere EU-Länder. Die meisten davon waren Hühner (über 19 Millionen), dazu kamen 68.755 Rinder und 19.283 Schweine. Darüber hinaus importierte Deutschland im Jahr 2019 fast 5 Millionen Zuchttiere aus anderen EU-Ländern, überwiegend Hühner.

Auf europäischer Ebene regelt die EU-Tierschutztransportverordnung den Transport von lebendem »Vieh«. Diese basiert auf der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Ausschusses für Tiergesundheit und Tierschutz (früher SCAHAW, jetzt AHAW). Die Verordnung ignoriert jedoch einige wichtige Empfehlungen der Stellungnahme, z. B. den Transport von angebundenen Tieren in Transporträumen zu verbieten. Mit der Nationalen Tiertransportverordnung (TierSchTrV) setzt Deutschland die europäischen Zielsetzungen um. Obwohl dies einige allgemeinere Vorgaben der europäischen Vorschriften bestimmt und einige Bereiche verschärft, gibt es in Deutschland auch viele Gebiete, in denen Tiere beim Transport starkem Stress ausgesetzt sind. Der sogenannte Viehtransport erfolgt in Deutschland und Europa standardisiert auf ein- oder mehrstöckigen LKWs, wobei Großtiere wie Kühe und Schweine auf unterschiedlichen Etagen untergebracht sind.

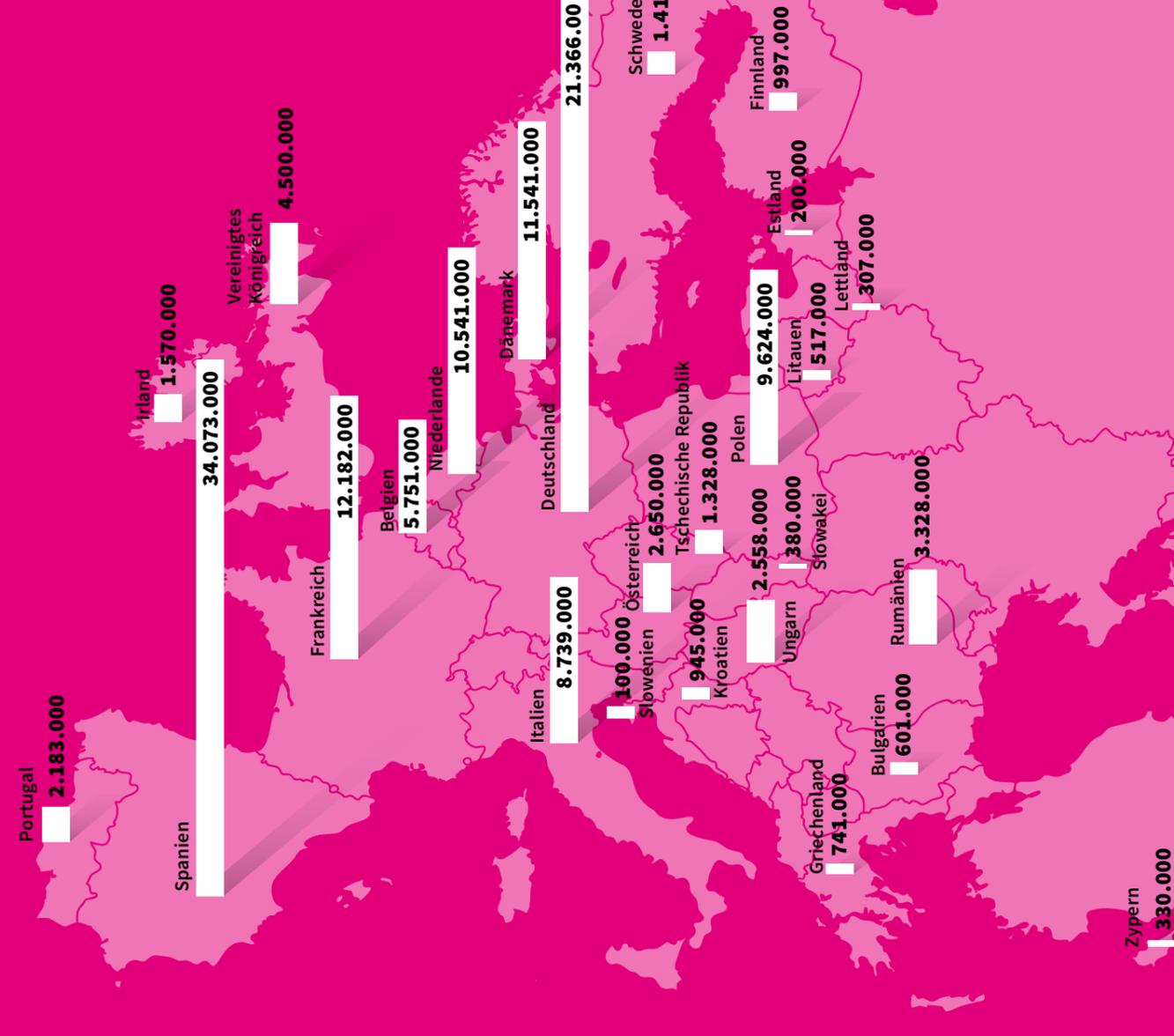
Ich litt unter ständigem Stress. Es war ungewohnt, beängstigend, zu eng, zu laut und es stank fürchterlich. Ich wusste nicht, wie ich mich bei dieser ständigen Bewegung ausruhen konnte, überall schmerzte es unheimlich. Ich konnte kaum laufen, nun musste ich auch noch unendlich lange stehen. Die Atmosphäre war so stickig, da die Sommertemperaturen für krasse Hitze sorgten. Wir alle klebten schweißgebadet aneinander und versuchten irgendwie zu atmen. Ein Freund nebenan meinte, sein Onkel hätte ihm damals fürchterliche Geschichten über die nassen und kalten Wintertage erzählt, da erfror man. Doch eins war bei uns allen gleich: Unsere Köpfe stießen an die Decke. Ich stand in der Scheiße von anderen wie mir. Traurigerweise starben ein paar von uns.

Unter besonders ungünstigen Bedingungen wie heißen Sommern, feuchten und kalten Wintern und fehlenden Transportmöglichkeiten kann die Sterblichkeitsrate bei mehr als 100.000 Schweinen jedes Jahr allein in Deutschland liegen. Besonders anfällig für Transportstress durch Überzucht sind »Masthühner« und »Mastschweine«. Auch Jungtiere, die noch auf flüssige Nahrung angewiesen sind, sind erheblich gefährdet. Ausreichende Versorgung mit Flüssigfutter ist absolut unmöglich. Für Tiere, die trotz Verletzung oder Krankheit transportiert werden, besteht ein höheres Sterberisiko.

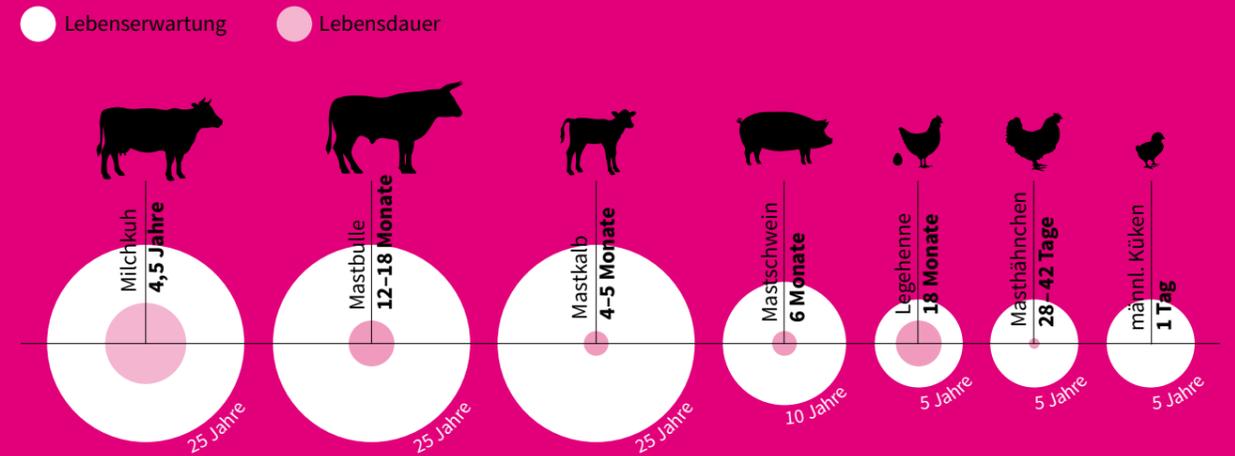
Schweine wie Waldemar erleiden schreckliche Schmerzen, werden mit Kohlenstoffdioxid betäubt und geschlachtet. Anschließend landen sie auf dem Teller von Menschen, die eigentlich in der Lage sind, Waldemar nicht als Produkt, sondern als Lebewesen zu sehen.



Schweinebestand in der EU (2022)



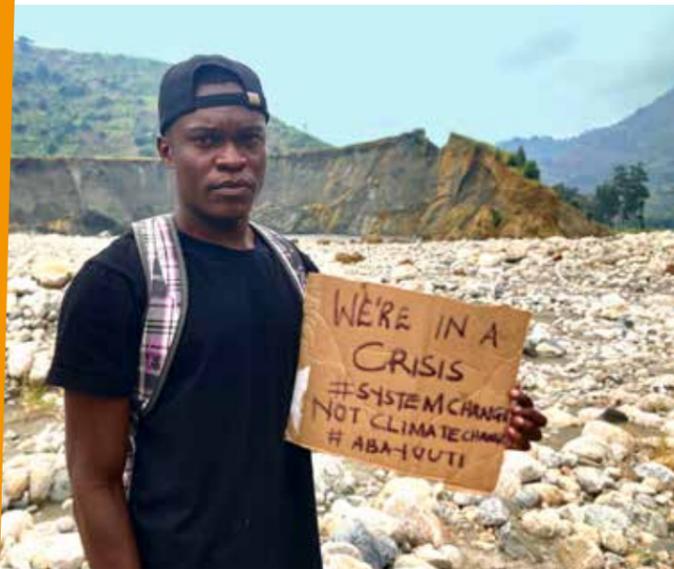
Das kurze Leben der Nutztiere



Quelle: Grafik 1: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/apro_mt_1spigj/default/table?lang=de / Grafik 2: www.geo.de/natur/tierwelt/21383-rtkl-massentierhaltung-wie-lang-nutztiere-leben-koennen-und-wie-alt-sie

Klimagerechtigkeit: Eine außereuropäische Perspektive

Um eine außereuropäische Perspektive auf Klima, Wohlstand und Gerechtigkeit in STØRK aufzuzeigen, haben drei Autorinnen unserer Redaktion den Klimaaktivisten Ivan Rwomukitoma aus Uganda interviewt.



Ivan, warum und in welchen Organisationen setzt du dich für die Bekämpfung des Klimawandels ein?

Momentan engagiere ich mich in mehreren lokalen Organisationen meiner Heimat. Eine dieser Organisationen, das »Abayuuti climate action network«, habe ich zusammen mit Freund*innen gegründet. Momentan sind wir komplett durch Spenden finanziert und keine*r von uns Freiwilligen wird bezahlt. Wir sind insbesondere in Camps für Binnenvertriebene aktiv. Viele der Personen dort mussten aus ihrer Heimat fliehen, oft aufgrund von Erdbeben und Überschwemmungen, die zum Teil ganze Dörfer wegspülen. Wir versuchen, die Menschen mit dem Wichtigsten, wie Essen, zu versorgen. Gleichzeitig wollen wir ihnen auch längerfristige Perspektiven bieten. Dazu haben wir Projekte initiiert, die

ihnen die Möglichkeit geben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das sind beispielsweise Nähprojekte und landwirtschaftliche Projekte. Bildung für die geflohenen Menschen ist uns ebenfalls wichtig. Deshalb haben wir in einem der Camps einen Kindergarten eingerichtet, in dem momentan 85 Kinder kostenlos Bildung erhalten.

Was bedeutet Klimagerechtigkeit für dich? Glaubst du, dass es möglich ist, den Klimawandel ohne Klimagerechtigkeit zu bekämpfen?

Klimagerechtigkeit bedeutet für mich, dass Menschenrechte eingehalten und Ressourcen gerecht geteilt werden. Nur wenn wir alle in den Kampf gegen den Klimawandel involviert sind und dabei respektiert werden, können wir es schaffen.

Fotos: Abayuuti Climate Action

Was glaubst du, muss von der ganzen Welt, aber insbesondere von Europa, getan werden, um sich in Richtung Klimagerechtigkeit zu bewegen?

Wir müssen Macht neu definieren und uns fragen: Stimmen unsere Gesetze mit unserem Ziel der Klimagerechtigkeit überein? Dabei ist es wichtig zu wissen, dass die Menschen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind, oftmals keinen rechtlichen Schutz haben. Das Verhalten von vielen europäischen Ländern fühlt sich für mich sehr unverantwortlich an. Obwohl sie die wissenschaftlichen Kenntnisse haben, um die langfristigen Folgen des Klimawandels einzuschätzen, erschließen sie weiterhin neue Quellen fossiler Energieträger. Die involvierten Länder müssen Verantwortung übernehmen und in Aktion treten. Unter anderem brauchen wir den »Loss and Damage Fund«, der bei der letzten COP (Conference of the Parties) im November 2022 verabschiedet wurde. Reiche Länder werden bei der Katastrophenhilfe mit viel höherer Priorität behandelt als Länder aus dem globalen Süden. Viele dieser Länder befinden sich schon länger in einer vom Klimawandel ausgelösten Krise und haben trotzdem das ihnen versprochene Geld noch nicht erhalten.

Stattdessen werden die Ressourcen der Länder des globalen Südens weiter ausgebeutet. Wir sollten uns wieder auf die Menschenrechte und ein friedliches Zusammenleben berufen. Niemand »besitzt« natürliche Ressourcen. Alle sollten die Chance auf menschenwürdige Lebensverhältnisse haben.

Außerdem sollten die Länder Europas die Bildung in meiner Heimat und anderen Ländern des globalen Südens stärken. So viele junge Menschen haben hier keine Chance zur Schule oder zur Uni zu gehen. Auf lange Sicht hätte so eine Investition großen Einfluss, denn durch Bildung würden wir unsere Erfahrungen viel besser teilen und unsere Gemeinschaften besser unterstützen können.

Wir, die jungen Aktivist*innen aus meiner Heimat, sind froh, dass es viele junge Menschen aus Europa gibt, die gegen die aktuelle Politik protestieren. In Ländern wie Deutschland sollte man aber nicht nur gegen die Politik protestieren, sondern auch versuchen mitzumischen. Wenn man sich wählen lässt und sich konstruktiv einbringt, ist die größte Veränderung möglich.



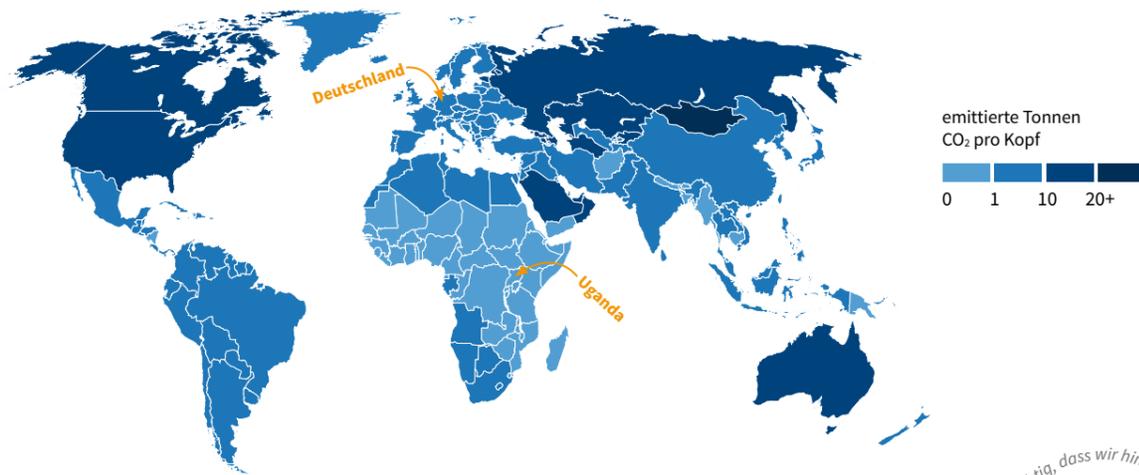
Was ist Klimagerechtigkeit?

Das reichste eine Prozent (63 Millionen Menschen) stieß zwischen 1990 und 2015 mehr als zweimal so viel klimaschädliches CO₂ aus wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen (Karte 1). Gleichzeitig ist dieses eine Prozent viel weniger vom Klimawandel betroffen als die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung (Karte 2).

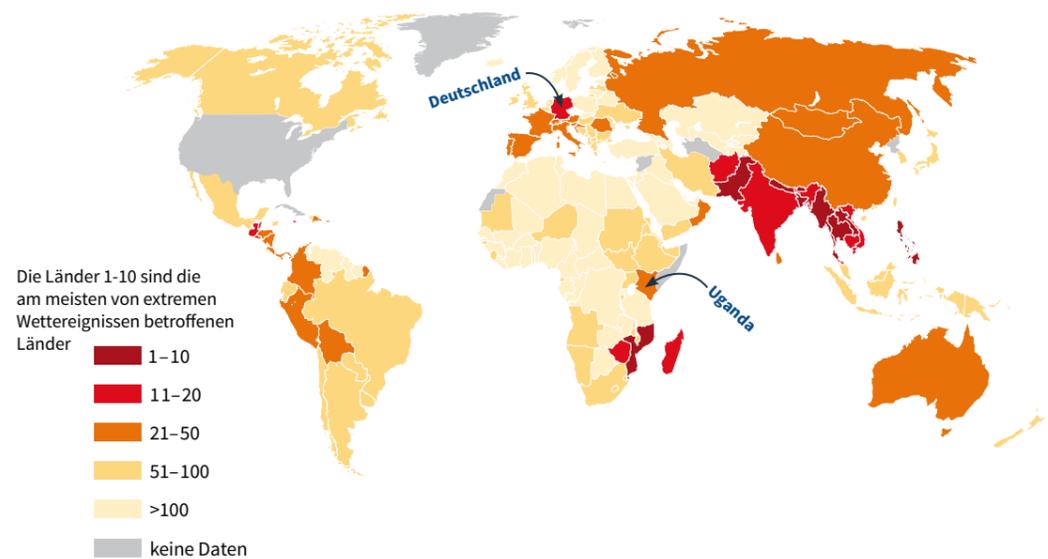
Trotzdem sind die Länder, die in der internationalen Klimapolitik am meisten Gehör bekommen, jene, die für die Klimakrise verantwortlich, aber weniger stark betroffen sind. Gleichzeitig sind es auch die Länder, die während der Kolonialisierung andere Länder ausbeuteten und so zu Reichtum kamen. Die politische Diskussion über den Klimawandel ist also noch stark von kolonialistischen Strukturen geprägt. Das Ziel von Klimagerechtigkeit ist es, dieses Machtungleichgewicht zu beheben.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde unter anderem bei der letzten Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP), auf der die Staats- und Regierungschef*innen der Welt im November 2022 zusammengekommen sind, der »Loss and Damage Fund« verabschiedet. Für viele das Highlight der Konferenz, verspricht dieser Fond Ländern des globalen Südens für durch den Klimawandel verursachte Schäden Geld zu zahlen.

CO₂ Emissionen pro Kopf



Klima-Risiko-Index: Ranking 2000–2019



TOMI ist es wichtig, dass wir hinterfragen, was Gerechtigkeit für uns bedeutet.

THULA glaubt, dass jede*r das Recht haben sollte, im eigenen Heimatland zu bleiben.

LAURA meint, dass die Bekämpfung der Klimakrise nicht ohne globale Gerechtigkeit funktioniert.

Reparieren.
Wiederverwenden.
Recyceln.

Wie Regelungen der EU eine Kreislaufwirtschaft voranbringen sollen

Für neue technische Geräte wie z.B. Kühlschränke werden viele Ressourcen benötigt. Und innerhalb der EU gibt es viele, viele Kühlschränke. Und natürlich auch viele andere technische Geräte. Um die Wirtschaft vor dem Verbrauch der endlichen Ressourcen auf unserem Planeten zu stoppen, sollen Regelungen der EU dazu führen, dass in Zukunft in Kreisläufen gewirtschaftet wird. Denn die Kreislaufwirtschaft ist ein wesentliches Instrument, um die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Hierfür hat die EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Grünen Deals einen Aktionsplan entwickelt. Vorhandene Gesetze wurden seither grundlegend geändert und auch neues Recht wurde geschaffen, um die festgesetzten Ziele zu erreichen.

Für mehr Transparenz muss ein Hersteller, der damit wirbt, dass seine Produkte CO₂-neutral hergestellt worden sind, dies zukünftig mit wissenschaftlichen Fakten belegen können.

- » Es soll weniger Verpackungsmaterial anfallen. Wenn Verpackungsmaterial verwendet werden muss, soll dies sich nach dem Entsorgen gut recyceln lassen.
- » Um die zur Herstellung eines Produkts verwendeten Ressourcen im Kreislauf zu behalten, müssen Produkte lange nutzbar sein. Wenn ein Gerät kaputtgeht, sollte es also reparierbar sein. Lässt sich ein Gerät irgendwann nicht mehr benutzen, sollten die verwendeten Ressourcen wieder zurück in den Kreislauf geführt werden können, ohne dass nutzloses Material übrigbleibt.
- » Verkäufer*innen sollen verpflichtet werden, ein Produkt bei Defekten innerhalb der Garantiezeit zu reparieren, wenn die Reparatur nicht teurer als der Austausch gegen ein neues Gerät ist.
- » Käufer*innen sollen bei der Reparatur der elektronischen Geräte dabei unterstützt werden, indem sie nützliche Informationen zum Reparieren und Austauschen von Einzelteilen auf einer Internetplattform finden können.



Einige Beispiele für die Vorgaben und Vorschriften der EU, um die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, sind:

- » Produkte müssen vergleichbar sein: Wie unterscheiden sich beispielsweise elektronische Geräte im Stromverbrauch? Können Käufer*innen ein Produkt selbst reparieren oder bei einem Defekt in eine Werkstatt bringen?

Bis 2050 soll mit diesen und anderen Maßnahmen eine komplette Kreislaufwirtschaft innerhalb der EU erreicht werden. Bis dahin werden dann hoffentlich alle Kühlschränke so produziert, dass ihre Rohstoffe immer wieder in den Kreislauf zurückgeführt werden können.

Dominik träumt von einem europäischen Bundesrat.

Quellen: Karte 1: Global Carbon Projekt 2020/ Karte 2: www.germanwatch.org/de/kri

»Wir dürfen nicht aufhören zu kämpfen«

Viele Natur- und Umweltschutzgesetze werden in Brüssel für alle EU-Mitgliedstaaten diskutiert und verabschiedet. Somit spielen die Beschlüsse aus Brüssel auch für uns in Deutschland eine große Rolle. Auf einen Besuch bei Raphael Weyland, der als Leiter der Vertretung des NABU bei der EU Einfluss nimmt.



Seit acht Jahren ist Raphael Weyland der Leiter der NABU-Vertretung in Brüssel. Mit zwei Mitarbeiter*innen setzt er sich Tag für Tag länderübergreifend für den Naturschutz in der EU ein. Raphael ist einer von etwa 20.000 Interessenvertreter*innen und Lobbyist*innen, die im Transparenzregister der EU eingetragen sind. Hiervon arbeiten nur 10 bis 15 Prozent für Nichtregierungsorganisationen.

Bei Raphaels Arbeit geht es vor allem darum, die schlimmsten Folgen von Gesetzesvorschlägen abzuwenden. Es braucht also viel Energie, Kreativität und Leidenschaft für umweltpolitische Themen sowie eine hohe Frustrationstoleranz, erzählt Raphael. In der Industrie-Lobby seien hingegen Erfolge in Geld messbar. »Doch der Frosch im Naturschutzgebiet kommt nicht auf mich zu und bedankt sich bei mir persönlich«, verdeutlicht er schmunzelnd. Dennoch sehe er immer einen Sinn in seiner Arbeit.

Wenn Raphael nicht gerade in verschiedenen Ländern für den NABU unterwegs ist, führt er, neben der Büroarbeit, Gespräche mit EU-Abgeordneten, hält Gegenrede und stellt Zwischenfragen zu naturschutzschädlichen Positionen, gibt unter anderem Schulklassen und Landesministerien Einblicke in die europäische Naturschutzpolitik und organisiert Events zu aktuellen umweltpolitischen Themen. Auch für NABU-Mitarbeiter*innen aus Deutschland hat er ein offenes Ohr und steht beratend zur Seite. Die Zusammenarbeit mit anderen Naturschutzorganisationen und Dachverbänden, wie z.B. Bird Life, dem European Environmental Bureau oder Seas at Risk, spielt im Arbeitsalltag ebenso eine große Rolle. Mit einer abgestimmten Position machen sie bei Entscheidungsträger*innen vor Ort auf wichtige Themen aufmerksam und verbreiten eine gemeinsame Botschaft. Manchmal gelingt es auch, Änderungen an Gesetzesvorschlägen erfolgreich einzubringen.

Fotos: NAJU; Enrico Turci (unten mittig)

Momentan steckt er viel Energie in die Verbesserung und Verabschiedung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Mit ihr sollen Flüsse wieder natürlich fließen, Moore wieder vernässt oder auch der Rückgang von bestäubenden Insekten gestoppt werden. Das A und O seien bei europäischen Naturschutzgesetzen die konkreten und ambitionierten Ziele, die Umsetzbarkeit sowie die gewissenhafte Kontrolle der Umsetzung in den EU-Mitgliedsstaaten, so Raphael. »Wo Naturschutzgesetze verletzt werden, müssen wir als Zivilgesellschaft klagen«, fordert er. »Auch wenn es schlussendlich viele Jahre dauern kann, bis ein Urteil gefällt wird. Wir dürfen nicht aufgeben zu kämpfen und wir haben schon vieles bewirkt.«

Hierbei können auch junge Menschen einiges bewegen. So dürfen Menschen ab 16 Jahren aus Deutschland erstmals an der Europawahl teilnehmen – hier zähle jede Stimme, betont Raphael. Denn manchmal kann bereits die Auswirkung einer einzelnen Stimme mehr zu einem entscheidenden Fortschritt für den Naturschutz führen. Junge Menschen sollten in der Gesellschaft laut werden und Veränderungen in der Umweltpolitik einfordern. Raphael zeigt sich beeindruckt von jungen Menschen mit oft sehr guten Fachkenntnissen, welche mit Elan ihre Positionen vertreten. »Keine Angst vor komplexen Themen! Jede*r kann sich mit grund-

legendem Interesse diese Themen zugänglich machen«, ermutigt Raphael. Hierbei müssen nicht alle zu Fachexpert*innen werden, denn Aufmerksamkeit in der Gesellschaft zu erlangen sei auch ein wichtiger Bestandteil. Wir benötigen alle gewaltfreien Aktionsformen, um gesellschaftliche Transformation voranzutreiben. Das könne bei nachhaltigem, bewusstem Konsum im Alltag beginnen und solle vor Aktionen zur Verbesserung von Demokratie in Europa nicht Halt machen, betont Raphael.

»Wo Naturschutzgesetze verletzt werden, müssen wir als Zivilgesellschaft klagen«

RAPHAEL WEYLAND

Eines ist schon jetzt klar: Auch nach den Europawahlen wird es in der EU noch viel im Natur- und Umweltschutz zu bearbeiten geben. Der Umbau unserer Wirtschaft im Rahmen des European Green Deal (europäisches Gesetzespaket mit dem Ziel eines klimaneutralen Kontinents), die konsequente Umsetzung von Umwelt- und Naturschutzgesetzen sowie die gesellschaftliche und ökologische Transformation werden weiterhin viel Einsatz von uns allen erfordern.



Der NABU fordert mit anderen Umweltverbänden von der EU-Kommission ein ambitioniertes Nature Restoration Law (links) / Raphael Weyland im Interview mit Inga (rechts oben) / Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel am Place Luxembourg, dem Herzen europäischer Politik (unten rechts)



(D)EINE STIMME FÜR JUNGE MENSCHEN BEI DER EUROPAWAHL

Wohnst du in Deutschland und bist mindestens 16 Jahre alt? Dann kannst du dich glücklich schätzen und darfst bei der Europawahl deine Stimme abgeben! Seit 2022 ist die deutsche Altersgrenze zur Teilnahme an der Wahl auf 16 Jahre gesenkt. In fast allen anderen Mitgliedstaaten der EU darf dagegen erst ab der Volljährigkeit mit 18 Jahren gewählt werden. Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche von wichtigen politischen Abstimmungen ausgeschlossen bleiben.

Aber sind die Stimmen junger Menschen weniger wert als die der Erwachsenen? Wir als NAJU sagen »Nein!« und finden eine Altersgrenze bei Wahlen überflüssig.

Wo Jugendliche die Wahl haben – oder nicht

Die Teilnahme von Jugendlichen ab 16 Jahren an der Europawahl ist eine große Errungenschaft. Sie betrifft einen Personenkreis von rund 1,4 Millionen jungen Menschen in Deutschland, die sonst von der Wahl ausgeschlossen wären. Durch das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre zählt Deutschland zu den wenigen Ländern, die Mitbestimmung von Minderjährigen bei der Europapolitik erlauben. Neben Deutschland gibt es das sonst nur in Österreich, Griechenland und Malta.

Leider dürfen bei der Wahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag weiterhin nur Erwachsene ihre Stimme abgeben. Das gilt auch in vielen Bundesländern für die Wahlen der Volksvertreter*innen der Parlamente auf Landesebene.

Positive Ausnahmen sind zum Beispiel Baden-Württemberg und Hamburg, wo ab 16 Jahren gewählt werden darf. Und auch bei Wahlen der Bürgermeister*innen oder Landrät*innen gibt es Fortschritte hin zu mehr Mitbestimmung von Jugendlichen.

Wahlalter 14 statt 18 Jahre

NAJU und NABU haben sich 2021 gemeinsam dafür ausgesprochen, dass bei allen politischen Wahlen die Teilnahme schon ab 14 Jahren möglich sein sollte. Und wir als NAJU meinen, dass ein Mindestalter überhaupt nicht notwendig ist. Denn jedes Kind und jede jugendliche Person soll selbst entscheiden können, ab wann sie an Wahlen teilnimmt.

Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Aktuell haben junge Generationen viel weniger Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse als höhere Altersgruppen. Erst wenn auch junge Generationen wählen dürfen, wird die Politik diese Personengruppe ernst nehmen.

Du bist mindestens 16 Jahre alt und willst bei der Europawahl abstimmen? Das geht ganz einfach. Normalerweise erhältst du wenige Wochen vor der Wahl einen Brief mit einer Benachrichtigung. Darin steht, wann und wo du deine Stimme abgeben kannst. Wenn du von zuhause aus wählen willst, geht das auch. Dazu musst du nur die sogenannten Briefwahlunterlagen anfordern, nachdem du die Wahlbenachrichtigung erhalten hast. Wenn du spätestens drei Wochen vor der Wahl noch keine Wahlbenachrichtigung bekommen hast, solltest du sie bei deiner Gemeinde anfordern. Weitere Infos rund um die Europawahl findest du unter <https://elections.europa.eu/de/how-elections-work/>

Sobald sich Politiker*innen stärker für die Interessen junger Menschen einsetzen, wird automatisch auch Nachhaltigkeit einen höheren Stellenwert in der Politik erlangen. Denn politische Entscheidungen müssen mit mehr Weitblick getroffen werden, um etwas Gutes für junge und zukünftige Generationen zu erreichen.

Demokratie

Demokratie bedeutet, dass alle Menschen mitbestimmen dürfen. Wenn Menschen von einer Wahl ausgeschlossen werden, muss es dafür also wichtige Gründe geben. Junge Menschen sollten ebenso wählen dürfen wie auch sehr alte Menschen, denen dieses Recht zusteht.

Kritiker*innen behaupten, Kindern und Jugendlichen würde die Fähigkeit fehlen, bewusste und vernünftige Entscheidungen zu treffen. Doch nicht alle Kinder und Jugendlichen entwickeln sich im gleichen Tempo. Es ist deshalb ungerecht, das Wahlrecht an ein bestimmtes Alter zu knüpfen.

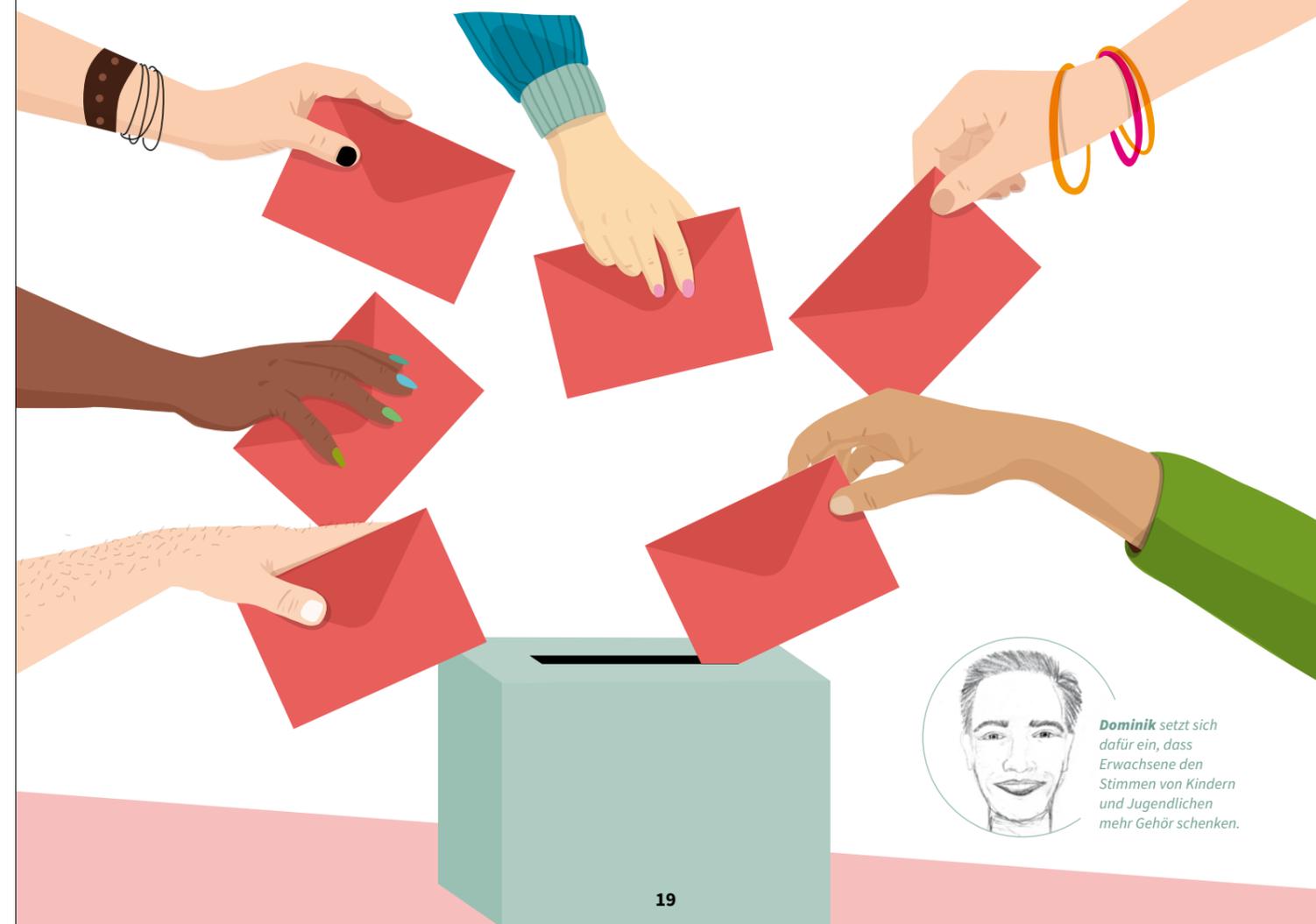
Bildung

Schon als junger Mensch ist es wichtig, sich gut über Politik informieren zu können. Dazu müssen die Informationen so aufbereitet sein, dass sie leicht verständlich sind. Besonders in der Schule muss mehr Platz für politische Bildung geschaffen werden.

Kinder und Jugendliche sollten bei politischen Prozessen außerdem die Möglichkeit bekommen, an Diskussionen mit den Verantwortlichen teilzunehmen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Ausblick

Es wäre zu wünschen, dass bald in der ganzen EU Minderjährige an Wahlen teilnehmen dürfen und nicht nur in einzelnen Mitgliedstaaten. Eine Untergrenze zum Wählen für Kinder und Jugendliche ist dabei nicht notwendig. Denn die jungen Generationen sind der wichtigste Baustein für eine zukunftsgerichtete Gesellschaft.



Dominik setzt sich dafür ein, dass Erwachsene den Stimmen von Kindern und Jugendlichen mehr Gehör schenken.

GRENZEN OHNE GRENZEN?

Menschen in Schlauchbooten auf offener See, Menschen vor Zäunen, Menschen in Camps. Solche Bilder sind nicht neu und tauchen immer wieder in den Medien auf. Dass der Weg für geflüchtete Menschen in die EU kein leichter ist, wissen die meisten. Doch, dass gerade die EU und ihre Mitgliedstaaten entlang der Grenze dabei ein Problem darstellen, ist nur wenigen bewusst. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, haben die beiden STØRK Autorinnen Laura und Franzi mit Wiebke Judith von Pro Asyl über die Menschenrechtslage an den EU-Außengrenzen gesprochen.



WIEBKE JUDITH ist rechtspolitische Sprecherin bei Pro Asyl, einer NGO, die sich für den Schutz und die Rechte von Menschen auf der Flucht einsetzt. Sie beschreibt die Situation an den EU-Außengrenzen als dramatisch und katastrophal. »Menschen, die versuchen, in Europa Schutz zu bekommen,

werden meistens im Stich gelassen: Sie werden illegal an den Grenzen zurückgewiesen – oft mit brutalster Gewalt. Sie werden willkürlich inhaftiert. Die Menschen, die es überhaupt nach Europa schaffen, haben wirklich schlimmste, kaum vorstellbare Erfahrungen an europäischen Außengrenzen gemacht.«

Die Rede ist von illegalen Pushbacks: dem Zurückdrängen von Menschen an den Außengrenzen, bevor sie überhaupt die Möglichkeit bekommen, einen Asylantrag zu stellen. Dies widerspricht dem im weltweit geltenden Völkerrecht verankerten Refoulement-Verbot, das besagt, dass Menschen nicht in Länder zurückgeführt werden dürfen, in denen sie Menschenrechtsverletzungen zu erwarten haben. Auf die Frage, welche Rolle hierbei die EU spielt, antwortet Wiebke Judith: »Letztlich sind es natürlich die Mitgliedstaaten, die agieren.

Also die griechische oder italienische Küstenwache oder kroatische Grenzbeamt*innen. Aber man muss sagen, die EU toleriert das, beziehungsweise unterstützt das, indem sie die Regierungen nicht dazu anhält, sich an gegebenes Recht zu halten.«

Ein großes Problem hierbei spielt auch die sogenannte Dublin-III-Verordnung. In dieser ist festgelegt, dass der EU-Staat, den eine geflüchtete Person zuerst betritt, für dessen Asylverfahren zuständig ist. »Das heißt, mit dieser Verordnung werden letztlich die Staaten dafür bestraft, wenn sie Menschen durchlassen«, hält Wiebke Judith fest.

Eine besondere Rolle spielt die europäische Grenzschutzagentur Frontex. »Ursprünglich war der Gedanke«, laut Wiebke Judith, »dass es vielleicht zu weniger Menschenrechtsverletzungen kommt, wenn europäische Grenzbeamt*innen aus anderen Ländern mit lokalen vor Ort sind. Also eine Art peer control, Kolleg*innen kontrollieren sich gegenseitig. Dass das aber ein Pakt ist, der überhaupt nicht mehr funktioniert, zeigen die Berichte der letzten Jahre, in denen Journalist*innen wiederholt aufgezeigt haben, dass Frontex von Pushback-Aktionen wusste oder diese zum Teil auch implizit oder explizit mit gefördert hat.«

Das ist auch ein Grund, warum Pro Asyl Frontex massiv kritisiert und als nicht mehr reformfähig einschätzt. Denn »Frontex funktioniert so nicht,



beziehungsweise verhindert Frontex keine Menschenrechtsverletzungen, was sie als europäische Agentur eigentlich müsste. Und entsprechend ist diese Agentur aus unserer Sicht nicht mehr tragfähig.«

Dass es auch besser geht, hat zum Beispiel die bisherige Bewältigung der humanitären Krisenlage aufgrund des Krieges in der Ukraine gezeigt. Etliche Menschen, die die Ukraine verlassen, um in anderen Ländern Schutz zu suchen, werden mit offenen Armen empfangen.

Es sei total schön, diese Solidarität zu sehen, betont Wiebke Judith. Aber sie zeigt auch die Schattenseite auf: »Gleichzeitig glaube ich, ist es sowohl für Geflüchtete aus anderen Ländern als auch für viele, die in der Asylarbeit tätig sind, auch ein bisschen bitter, weil wir dadurch gesehen haben, dass letztlich eben das Sterben-Lassen im Mittelmeer, die Pushbacks an den Außengrenzen und ja, auch die schlechten Lebensbedingungen während des Asylverfahrens, Resultat eines politischen Willens sind.«

Hierfür sieht Wiebke Judith auch die deutsche Bundesregierung in der Verantwortung. Deswegen

leistet Pro Asyl auch viel politische Arbeit oder in Wiebke Judiths Worten: »Uns geht es darum, der Politik zu zeigen, was in der Praxis alles schief geht, für bessere Gesetze einzutreten und Verschärfungen zu verhindern.«

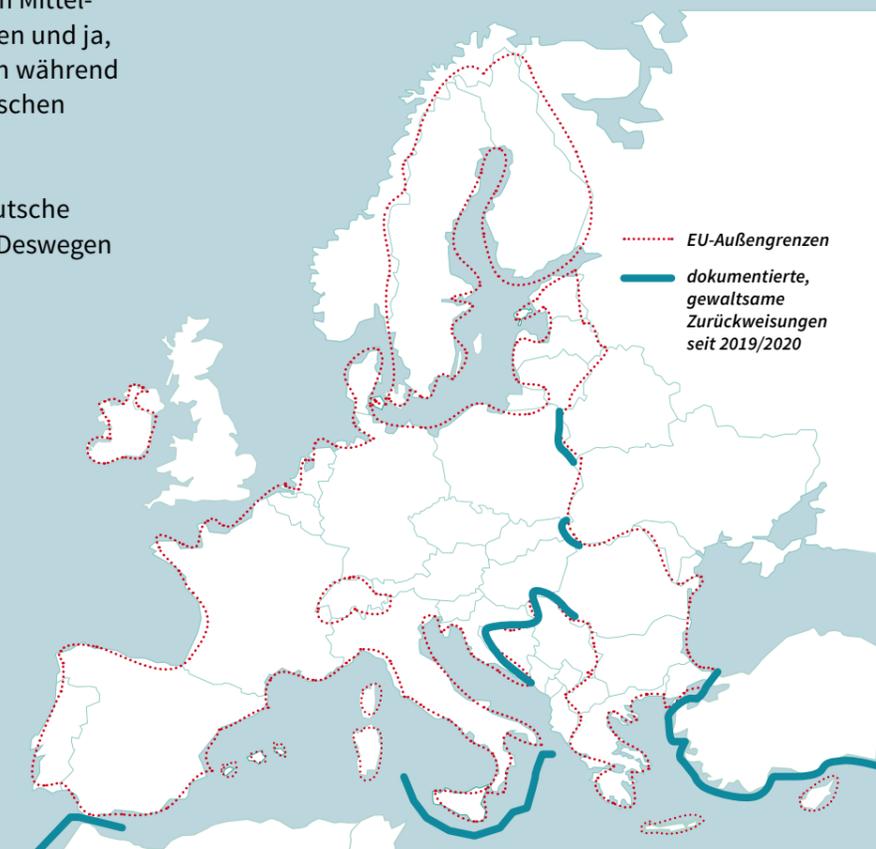
Die hier beschriebene Migrationspolitik der EU werde nicht nach ihren eigenen Werten geführt, sondern stellt ein konträres Bild dazu dar. Denn die Menschenrechte, deren Achtung auch in Artikel 6 des Gründungsvertrages der EU festgehalten ist, sollten an oberster Stelle stehen. Von daher muss ein »radikales Umdenken in Europa« stattfinden, wie die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl es fordert, um die Situation an den Außengrenzen humanitär zu verbessern. »Die EU muss wieder zu einem Konsens kommen, dass Flüchtlingsschutz als Teil der Menschenrechte Teil der EU ist«, schließt Wiebke Judith ab.

Fotos: Pro Asyl (links), Gerd Altmann / Pixabay (rechts) / Quelle Karte: Refugee Rights Europe, EU Agency for Fundamental Rights

FRANZI geht auf Demos, um auf die Situation geflüchteter Menschen aufmerksam zu machen.



LAURA ist es wichtig, dass der Schutz von Landesgrenzen nicht über den Schutz von Menschen (-rechten) gestellt wird.



Eine kurze Geschichte der Europäischen Union

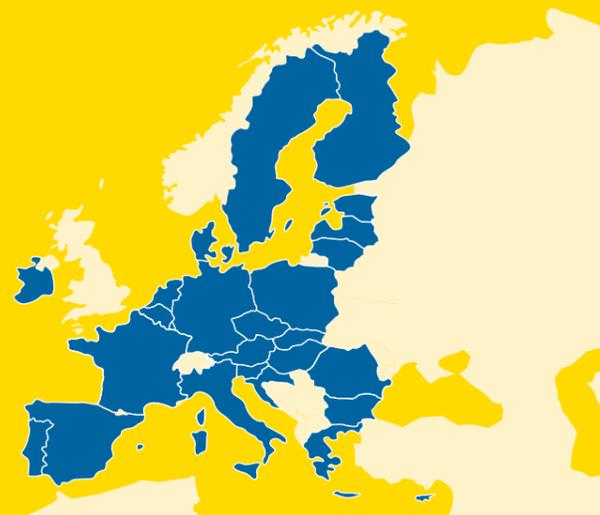
Deutschland ist Teil der Europäischen Union. Seit wann ist das eigentlich so? Wo liegen die Wurzeln? Wie ist der heutige Aufbau der Europäischen Union? Hier findet ihr eine kurze Geschichtsstunde mit dem Ausblick auf die heutige Struktur.

Die Idee einer europäischen Einigung ist schon jahrhundertalt. Konkret angestoßen wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg, als es darum ging, den Wiederaufbau voranzubringen und wirtschaftliche und politische Stabilität zu garantieren. 1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von sechs europäischen Staaten mit dem Ziel einer europäischen Freihandelszone für Kohle und Stahl gegründet. So sollten unter anderem die Kriegsindustrien kontrolliert werden, um in Europa einen dauerhaften Frieden herzustellen. Im Jahr 1952 wurde dann der Europäische Gerichtshof gegründet, der ein Jahr später seine Arbeit aufnahm.

Die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hatte das Ziel, einen gemeinsamen Markt zu etablieren. So konnte die Zollfreiheit auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden. Durch die stärkere wirtschaftliche Kooperation wurde der Gedanke eines vereinten, friedlichen Europas gestärkt. 1967 folgte die Fusion von EGKS, EWG und Europäischer Atomgemeinschaft (EAG) zu den Europäischen Gemeinschaften (EG). Ihre Organe wurden zusammengelegt, sodass sie nun – neben Europäischem Parlament und Europäischem Gerichtshof – auch eine gemeinsame Europäische Kommission und einen gemeinsamen Ministerrat, ab 1975 auch einen gemeinsamen Rechnungshof teilten.

Seit 1979 wird das Europäische Parlament von den Bürger*innen der Mitgliedstaaten gewählt. Die genauen Befugnisse der verschiedenen Institutionen auf EU-Ebene wurden 1992 mit dem Vertrag von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union) geregelt. Durch diesen geben die Mitgliedstaaten bestimmte Zuständigkeiten an die EU ab. Ab Inkrafttreten des Vertrages gab es also verschiedene Entscheidungsgremien auf EU-Ebene und eine vereinheitlichte Außen- und Sicherheitspolitik. So rückten die EU-Staaten durch den europäischen Binnenmarkt, der einen freien Personen- und Warenverkehr garantierte, noch einmal näher zusammen. Ein weiterer wichtiger Schritt in der europäischen Integration war die Einführung einer europäischen Währung – des Euro – im Jahr 2002.

Die EU ist etappenweise gewachsen und hat heute 27 Mitgliedstaaten.



Die Organe der EU und ihre wichtigsten Aufgaben

Quelle: Europäische Union, Bundeszentrale für politische Bildung (Stand Sept. 2013)



Hohe Zinsen gegen Inflation?

Die aktuellen Preissteigerungen bekommen wir alle zu spüren, sei es beim Wocheneinkauf, beim Tanken, beim Heizen oder im Urlaub. Fast jede Bevölkerungsschicht leidet unter der Inflation, allen voran die Menschen mit geringem Einkommen. In diesem Artikel kommentiert Enrico die aktuellen Entwicklungen der Zinspolitik aus seiner Sicht. Thordis gibt Hintergrundinfos und erklärt verwendete Begriffe.

Zur Bekämpfung der Inflation ist für die Europäische Zentralbank (EZB) die Konsequenz: eine Zinsanhebung, um die Geldmenge zu verringern. Kredite werden teurer, es wird weniger Geld ausgegeben. Die Nachfrage soll gedämpft werden. Gewerkschaften sollen sich mit Lohnforderungen zurückhalten und Arbeitnehmer*innen Reallohnverluste widerstandslos hinnehmen.

Die Inflation, mit der wir in Deutschland zu kämpfen haben, wird vor allem als eine Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und den damit einhergehenden steigenden Energiepreisen gesehen. Eine zu hohe Nachfrage ist hier nicht das Problem, sondern ein zu geringes Angebot. Demnach stelle ich fest: In dieser Lage wird das typische Vorgehen der EZB nicht die gewünschte Wirkung erzielen. Wie das Gas durch einen höheren Leitzins billiger werden soll, bleibt – selbst innerhalb der EZB – unklar: »Wir haben einen Energiepreisschock, an dessen Wirkung wir kurzfristig nicht viel ändern können«, sagt Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des EZB-Rats.

Was bedeuten höhere Zinsen für Unternehmen, Staaten und Privatpersonen? Da Kredite teurer werden, führt dies bei Unternehmen zu einem massiven Investitionsstau. Die Anschaffungen neuer Maschinen oder Produktionshallen müssen verschoben werden, da mit steigender Kredithöhe auch das Risiko steigt.

Auch notwendige staatliche Investitionen für den Klimaschutz und die Energiewende werden erschwert, da auch der Staat höhere Zinsen für Anleihen zahlen muss. Durch die selbsterlassene Schuldenbremse führt das zu Spardruck und eventuellen Kürzungen verschiedener Sozialleistungen.

→ Eine Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB) führt dazu, dass die Geschäftsbanken ihre Kredite teurer vergeben müssen. Dadurch sinkt die Nachfrage nach Krediten und folglich auch ihre Anzahl bzw. deren Höhe. Deshalb sinkt die Geldmenge im Verhältnis zur (gleichbleibenden) Gütermenge auf dem Markt und das Preisniveau steigt. Steht also weniger Geld zur Verfügung, wird auch weniger nachgefragt und konsumiert.

→ Steigt das allgemeine Preisniveau, während das Gehalt eine*r Arbeitnehmer*in nicht an die Inflation angepasst wird, so kann sich diese Person weniger kaufen als vorher, obwohl sie dasselbe verdient. Das bezeichnet man als Reallohnverlust, denn dieser bezieht sich nicht auf den ausgezahlten Betrag, sondern auf den Gegenwert an Waren und Dienstleistungen.

→ Es gibt verschiedene Arten der Inflation. In diesem Fall handelt es sich um die angebotsinduzierte Inflation (Kosteninflation). Hierbei steigen Löhne, Gehälter oder Materialkosten, in der Folge müssen Unternehmen die Produktpreise erhöhen.

→ Um die Schuldenlast zu verringern und weniger Steuergelder in die Rückzahlung von Zinsen investieren zu müssen, wurde in Deutschland 2009 die sogenannte Schuldenbremse erlassen. Seitdem darf das Land nur noch 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an neuen Schulden aufnehmen. Es gibt auch Kritik an der Schuldenbremse, zum Beispiel dass durch sie Investitionen in die Zukunft und den Klimaschutz verhindert werden.

Eine weitere Folge der Zinserhöhung ist eine steigende Arbeitslosigkeit. Durch ausbleibende Investitionen stagniert die Wirtschaft und Menschen verlieren ihre Jobs.

Die Leitzinserhöhung der EZB birgt daher aus meiner Sicht in dieser Situation mehr Gefahren als Nutzen. Aus diesem Grund fordert die Ökonomin Isabella Weber anstelle der Leitzinserhöhung gezielte, strategisch eingesetzte Preiskontrollen.

Auch Profite sehe ich als großen Inflationstreiber. Viele Unternehmen nutzen die Preissteigerungen aus, um ihre Gewinnmargen zu erhöhen. Sich in einer Krise zu bereichern, während der Großteil der Bevölkerung ärmer gemacht wird, darf nicht geduldet werden. Eine Übergewinnsteuer könnte hier Einhalt gebieten. Eine weitere effektive Maßnahme, um all denen zu helfen, die unter steigenden Kosten leiden, ist die Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Der Ökonom Maurice Höfgen fordert sogar die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

Wie wir sehen, gibt es viele Möglichkeiten und Alternativen, eine Inflation zu bekämpfen und die Bevölkerung zu entlasten. Ich bin der Überzeugung, dass diese Möglichkeiten genutzt werden sollten, anstatt an altgewohnten Dogmen festzuhalten.

Thordis empfiehlt bei weiterführendem Interesse das Buch »Geld und Geldpolitik, Sekundarstufe II«, das als Download oder Print kostenlos verfügbar ist.

Investieren der Staat, Unternehmen und Privatpersonen weniger, so sinkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, weshalb Unternehmen weniger produzieren. Bei einem sinkenden Produktionsniveau wird weniger Arbeitskraft benötigt und es kann zu Kündigungen kommen. Dadurch verringert sich die Kaufkraft der Bevölkerung und die Nachfrage sinkt weiter. Auf dieser Logik beruht die nachfrageorientierte Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes, bei der zum Gegensteuern der Staat kräftig investiert, was allerdings wegen der zeitverzögerten Wirkung, der Schuldenaufnahme und der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale teils kritisiert wird.

Die Übergewinnsteuer bezeichnet eine Steuer auf Profite, die über einem festgelegten Niveau liegen. Durch sie verringert sich der Gewinn, den Unternehmen in besonders erfolgreichen Jahren gemacht haben.

Das vorrangige Ziel der EZB ist die Erhaltung stabiler Preise im Euroraum. Dafür stehen ihr nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung. Außerdem ist die Unabhängigkeit der EZB (unter anderem von der Politik) vorgeschrieben. Die hier geforderten Maßnahmen fallen nicht in den Kompetenzbereich der EZB, sondern wären ggf. Aufgabe der Parlamente der EU-Länder.

Enrico setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein.

Thordis hat ein Wirtschaftssofi in der Tasche.

Illustrationen: shutterstock / beboy

Hei, Europäer*in! In diesem Heft geht es um nichts Geringeres als dein Leben. Wieso? Weil europäische Vorgaben und Gesetze auch dein Leben maßgeblich beeinflussen. Was du isst, wie deine Konsumgüter hergestellt werden, welche Naturschutzmaßnahmen getroffen werden – all das und noch viel mehr wird (auch) auf europäischer Ebene mitentschieden. Zum Glück kannst du – zum Beispiel durch deine Wahlentscheidung bei der Europawahl – ein Wörtchen mitreden, wohin der europäische Hase laufen soll.

Du möchtest schnell Großes bewirken? Dann gestalte die nächste Ausgabe der STØRK mit! Wie das geht? Wenn du Lust auf Recherchieren, Texten, Fotografieren und Co. hast, dann schreib uns eine Mail an stork@NAJU.de und erhalte alle Infos. Zu welchem Thema die nächste Ausgabe sein wird? Genau: kannst du mitentscheiden!

An diese Mailadresse kannst du uns auch gern ein Feedback senden. Was hat dir an dieser Ausgabe gut gefallen, was mochtest du nicht so? Was können wir beim nächsten Mal besser machen?

Übrigens findest du alle Ausgaben der STØRK auch digital unter www.NAJU.de/stork.

Viel Spaß beim Stöbern!

**DENK DRAN:
Am 9. Juni 2024
ist Europa-
wahl!**